

## GROSSER RAT

Sitzung vom 12.12.2023, Art. Nr. 2023-1204, romm/al

### PROTOKOLL

**(23.317-1) Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG); Änderung; Bericht und Entwurf zur 2. Beratung; Eintreten, Detailberatung und Schlussabstimmung Entwurf Polizeigesetz (ohne § 36b); fakultatives Referendum; Abschreibung (19.114) Motion Martin Keller, SVP, Josef Bütler, FDP, Rolf Jäggi, SVP**

---

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 20. September 2023 samt den abweichenden Minderheitsanträgen aus der Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK) vom 6. November 2023. Die Kommission SIK beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss Vorlage des Regierungsrats. Es referiert SIK-Präsident Rolf Walser, Aarburg.

#### Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

#### **Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG); Änderung**

I., § 3 Abs. 1 lit. k, m und n (neu), § 12a Abs. 1 lit. g<sup>bis</sup> (neu), § 12b Abs. 1 lit. b, lit. c (neu), § 18b (neu), § 18c (neu), § 18d (neu), § 18e (neu), § 33 Abs. 1<sup>bis</sup>, § 36b Abs. 1 und Abs. 1<sup>bis</sup> (neu)

Zustimmung

#### § 36b Abs. 2 Einleitungssatz

Zustimmung

#### § 36b Abs. 2 lit. a

Harry Lütolf, Wohlen, stellt folgenden Änderungsantrag (*Ergänzung* von lit. a)

"<sup>2</sup> Der automatische Abgleich ist zulässig mit

a) [geändert] polizeilichen Personen- und [...] Sachfahndungssystemen gemäss den Art. 15 und 16 des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) vom 13. Juni 2008, *sofern es um die Ermittlung eines Verbrechens oder Vergehens geht.*"

#### Abstimmung

Für den Entwurf Regierungsrat 38 Stimmen

Für die Fassung gemäss Antrag Lütolf 93 Stimmen

(1 Enthaltung)

Somit hat die Fassung gemäss Antrag Lütolf obsiegt.

§ 36b Abs. 2 lit. c, § 36b Abs. 3 lit. b, § 36b Abs. 5 und 6 (neu)

Zustimmung

§ 36c (neu), Titel Ziffer 4 (geändert), § 66 (neu)

Es liegt ein Minderheitsantrag für einen neuen § 36c vor. Der Regierungsrat stimmt zu.

Hinweis: Der Antrag führt gegebenenfalls zu Folgeänderungen im Titel Ziffer 4 und § 66.

#### Abstimmung

Für den Antrag gemäss SIK ( <i>Verzicht auf neuen § 36c</i> )	69 Stimmen
Für den Minderheitsantrag SIK (mit Zustimmung RR) ( <i>für neuen § 36c</i> )	61 Stimmen

Somit hat der Antrag der SIK obsiegt.

#### Titel Ziffer 4 (geändert), § 66 (neu)

Aufgrund des Verzichts auf § 36c sind diese Änderungen obsolet geworden.

II. Fremdänderungen, 1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch [EG ZGB], § 40 Abs. 3 (neu), 2. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung [EG StPO], § 24 Abs. 1, Abs. 3<sup>bis</sup> (neu), Abs. 6 und 7 (neu), § 54 Abs. 1, § 55 Abs. 1, III. keine Fremdaufhebungen, IV. Zustimmung

#### Anträge gemäss Botschaft / Schlussabstimmung

##### Antrag für eine dritte Beratung "Teilvorlage: § 36b" (gestützt auf § 33 Abs. 5 GVG)

Désirée Stutz, Möhlin, stellt folgenden Antrag: "§ 36b soll einer dritten Beratung unterzogen werden." Das Quorum beträgt zwei Drittel der anwesenden Mitglieder. Die Präsenzerhebung ergibt 130 anwesende Mitglieder. Das Quorum beträgt somit 87 Stimmen.

Der Antrag auf eine dritte Beratung von § 36b wird in der Abstimmung mit 126 zustimmenden Stimmen gutgeheissen.

Somit ist § 36b in zweiter Beratung beschlossen und wird einer dritten Beratung (gemäss § 33 Abs. 5 GVG) unterstellt.

##### Schlussabstimmung Entwurf Polizeigesetz (ohne § 36b)

Antrag 1 gemäss Botschaft wird in der Schlussabstimmung mit 114 gegen 17 Stimmen gutgeheissen.

##### Abschreibung Motion 19.114

Antrag 2 gemäss Botschaft wird in der Abstimmung mit 112 gegen 18 Stimmen gutgeheissen.

### **Beschluss**

1.

a.

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) wird – wie aus den Beratungen hervorgegangen – in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

b.

Für § 36b des Entwurfes einer Änderung des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) wird eine dritte Beratung beschlossen.

2.

Der nachfolgende parlamentarische Vorstoss wird abgeschrieben:

(19.114) Motion Martin Keller SVP, Obersiggenthal, Josef Bütler, FDP, Spreitenbach, und Rolf Jäggi, SVP, Egliswil (Sprecher), vom 7. Mai 2019 betreffend Verhinderung von automatischen Verkehrsüberwachungsanlagen (AVÜ) auf Kantonsstrassen

#### Fakultatives Referendum

Der Beschluss gemäss Ziffer 1a untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. a der Verfassung des Kantons Aargau.

Dr. Lukas Pfisterer  
Präsident

Rahel Ommerli  
Ratssekretärin

Verteiler

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation / Redaktionskommission / Gesetzessammlung)